

## **Beantwortung einer Einwohner-Anfrage nach § 39 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	21.06.2012 TOP 1.1

**Beantwortung der Einwohneranfrage des Herrn Kreische vom 18.04.2012 aus der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk vom 26.04.2012, TOP 1.3, zum Thema: Anfrage der FH-Leitung zur Verfügbarkeit der Grundstücke von AWB und Feuerwache zum Neubau des IWZ an das Dezernat von Herrn Streitberger in 2008**

### **Anlass der Anfrage:**

Herr Kreische stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk vom 26.04.2012, TOP 1.3, detailliert Fragen, wer als Vertreterinnen und Vertreter bei den Abstimmungsgesprächen anwesend war.

### **Einwohnerfrage:**

Wie kam es, dass die Anfrage der FH-Leitung über die Verfügbarkeit der Grundstücke von AWB und der Feuerwache in Deutz folgenlos blieb und damit aus heutiger Sicht drei Jahre Planungszeit verloren gingen?

- Wann konkret (Datum) und wie hat die FH-Leitung die "Ämterebene" angesprochen?
- Welche Ämter und deren Vertreter (Personennamen) wurden angesprochen?
- Wie haben diese auf das Begehren der FH-Leitung reagiert, beziehungsweise ist es "abgearbeitet", beantwortet (per Schreiben - bitte beifügen) worden?
- Ist es zutreffend, dass der zuständige Dezernent seit 2004 oder kurz später von der Absicht, Planungen der FH und damit BLB informiert war und auch möglicherweise an Treffen darüber teilgenommen hat, die vor 2008 liegen?
- Warum hat er dann trotz eines möglichen "Verschwiegenheits-Gelübdes" im Interesse der Stadtgesellschaft beispielsweise ausgewählte zivilgesellschaftliche oder politische Entscheidungsträger, zum Beispiel Fraktionsvorsitzende, nicht einbezogen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Zu a) Am 21.06.2007 wurden die baulichen Erweiterungsbedarfe der Fachhochschule (FH) Köln durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) im Stadtplanungsamt (61) vorgetragen. In dem Zeitraum zwischen dem 21.06.2007 und dem 24.08.2011 fanden insgesamt sechs Besprechungstermine zur Klärung über Erweiterungsmöglichkeiten der FH statt. Es wurden unterschiedliche Standortvarianten erörtert. Gegenstand der Überlegungen waren sowohl geeignete Grundstücksverlagerungen als auch Möglichkeiten der Zusammenlegung von Standorten im Hinblick auf denkbare Synergien. Gutachterliche Untersuchungen sowie Bewertungen der Grundstücke der Abfallwirtschaftsbetriebe, der Berufsfeuerwehr, der Bezirkssportanlage und des Berufskollegs wurden durch die Firma rheform ins Gespräch gebracht. Zudem fand am 11.12.2007 eine Ortsbegehung am Hauptgebäude in der Claudiusstraße mit der Denkmal-

schutzbehörde statt. Bis Mitte August 2008 war jedoch offen, welche Standortlösung FH und BLB anstrebten. Die eineinhalbjährige Entscheidungsfindung auf Landesebene hat zu Verzögerungen im Planungsprozess geführt. Ebenso ist die Beauftragung der Gutachten seitens der Betroffenen, die erstellt worden sind, für die Zeitspanne verantwortlich.

Zu b) An diesen Gesprächen nahmen teil:

Vertreterinnen und Vertreter des BLB, der Firma rheform als Auftragnehmerin des BLB und seitens der Stadt Köln: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (15), Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster (23), Stadtplanungsamt (61), Stadtkonservator/in, Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege (48) und das Amt für Wirtschaftsförderung (80).

Zu c) Es fanden in der Zeit Arbeitsgespräche sowohl zwischen der Leitung der FH und dem BLB wie auch städtischerseits mit der Bezirksregierung Köln (Obere Denkmalbehörde), den Abfallwirtschaftsbetrieben (AWB) und mit der Feuerwehr statt.

Zu d) Die Protokolle wurden an die Teilnehmerinnen beziehungsweise Teilnehmer des Gespräches sowie die Dezernate III (Wirtschaft und Liegenschaften) und VI (Planen und Bauen) verteilt. Die Dezernenten wurden über die jeweiligen Sachstände informiert und bei Bedarf, zum Beispiel für ein Klärungsgespräch mit der AWB-Leitung, unmittelbar beteiligt.

Zwischenzeitliche Gespräche des Dezernenten VI mit der FH thematisierten Erweiterungsmöglichkeiten für sowohl den linksrheinischen als auch den rechtsrheinischen Teil der FH. Als Vorschlag stand das Rautenstrauch-Joest-Museum und das Deutz-Kalker Bad im Raum. Die Hochschulleitung zeigte Interesse.

Zu e) Bei Grundstücksangelegenheiten ist Diskretion eine wichtige Voraussetzung. Die Beteiligung von Dritten, die über keinerlei Mandat verfügen, wäre kontraproduktiv. Für eine Beteiligung der politischen Gremien ergab sich in der damaligen Klärungsphase mangels konkretem Entscheidungsbedarf kein Ansatzpunkt.

Aus Gründen des Datenschutzes wurde der Bitte um Namensnennung nicht nachgekommen. Des Weiteren wurden die verwaltungsinternen Protokolle nicht angefügt.